Bundesratsbeschluss

betreffend

die Wiederinkraftsetzung und Abänderung des Bundesratsbeschlusses betreffend die Allgemeinverbindlicherklärung des Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Autotransportgewerbe

(Vom 2. Februar 1949)

Der schweizerische Bundesrat,

nach Prüfung des von der Paritätischen Landeskommission des Gesamtarbeitsvertrages im Autotransportgewerbe im Auftrage der vertragschliessenden Verbände eingereichten Gesuches um Verlängerung und Abänderung der mit Bundesratsbeschluss vom 18. Dezember 1947 ausgesprochenen Allgemeinverbindlicherklärung des genannten Gesamtarbeitsvertrages im Autotransportgewerbe vom 28. Februar 1947,

gestützt auf Artikel 17, Absatz 3, des Bundesbeschlusses vom 30. September 1938 über den Transport von Personen und Sachen mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen und auf die Verordnung VI vom 11. Februar 1947 zum genannten Bundesbeschluss sowie auf Artikel 3, Absatz 2, des Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1943/8. Oktober 1948 über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen,

beschliesst:

Art. 1

Der Bundesratsbeschluss vom 18. Dezember 1947 *) betreffend die Allgemeinverbindlicherklärung des Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Autotransportgewerbe, welcher am 31. Dezember 1948 abgelaufen ist, wird wieder in Kraft gesetzt.

Art. 2

Folgende von den vertragschliessenden Verbänden vorgenommenen Abänderungen und Ergänzungen des Gesamtarbeitsvertrages vom 28. Februar 1947 werden ebenfalls allgemeinverbindlich erklärt:

*) Bbl. 1948, I, 625.

Art. 5, Abs. 1, Grundlöhne: Die Grundlohntabelle wird in dem Sinne abgeändert, dass der Monatslohn, welcher unverändert bleibt, dividiert durch 4,33 den neuen Wochenlohn und dieser dividiert durch 6 den neuen Taglohn ergibt.

Art. 5, Abs. 3, Abweichungen: Von den nach Abs. 1 festgesetzten minimalen Grundlöhnen darf abgewichen werden:

- a. bei Arbeitnehmern, die infolge körperlicher oder anderweitiger Behinderung nicht voll arbeitsfähig sind;
- b. bei Arbeitnehmern, die im Beruf neu sind und nicht über ausreichende Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen.

Solche Löhne sind zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schriftlich zu vereinbaren und müssen vom ersteren der nach Artikel 39 zuständigen paritätischen Unterkommission gemeldet werden. Diese ist berechtigt, den Arbeitgeber zu verhalten, missbräuchlich tief festgesetzte Löhne zu erhöhen.

Art. 22, Abs. 1 bis 3, Anspruch und Dauer:

¹ Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf jährlich bezahlte Ferien, und zwar

für das	1.	Dienstjahr	3 Werktage
für das	2.	Dienstjahr	6 Werktage
für das	3.	Dienstjahr	7 Werktage
für das	4.	Dienstjahr	8 Werktage
für das	5.	Dienstjahr	9 Werktage
für das	6.	Dienstjahr	10 Werktage
für das	7.	Dienstjahr	11 Werktage
für das	8.	Dienstjahr	12 Werktage
für das	9. bis 14.	Dienstjahr	14 Werktage
für das	15. bis 19.	Dienstjahr	16 Werktage
ab	20.	Dienstjahr	18 Werktage

bei ununterbrochenem Dienstverhältnis im gleichen Betrieb.

² Bei Stellenwechsel innerhalb des Autotransportgewerbes hat der Arbeitnehmer schon im ersten Dienstjahr Anrecht auf mindestens 6 Werktage Ferien, wenn er bei den früheren Arbeitgebern schon mindestens 6 Tage Ferien erhielt und schon mindestens 3 Jahre im Transportgewerbe tätig ist.

³ Bei Auflösung des Dienstverhältnisses im Laufe des Jahres bemisst sich der Ferienanspruch nach dem Verhältnis der Dienstzeit zum vollen Dienstjahr, es sei denn, dass der Arbeitnehmer sein Dienstverhältnis rechtswidrig auflöst.

Art. 22, Abs. 7, Anrechnung von Arbeitsausfall.

⁷ Setzt ein Arbeitnehmer wegen Krankheit, Unfall, Mangel an Beschäftigung und anderem Militärdienst als Rekrutenschule und Wiederholungskursen länger als zusammen 30 Tage im Jahre aus, so kann für je volle 30 Tage Arbeitsausfall der Anspruch auf Ferien um $\frac{1}{12}$ gekürzt werden, jedoch höchstens bis auf 3 Tage Ferien.

Art. 38, Abs. 3.

³ Das Strafverfahren und seine Gebühren richten sich nach einem von der Paritätischen Landeskommission aufgestellten Reglement, das zu seiner Gültigkeit der Genehmigung einer qualifizierten Mehrheit im Sinne von Art. 46, Absatz 5, dieses Vertrages und der zuständigen Amtsstellen bedarf.

Art. 45, Abs. 1, Kosten.

¹ Die Kosten einer paritätischen Unterkommission gehen, soweit die eigenen Einnahmen aus Bussen und Gebühren des Einigungs- und Strafverfah-

rens nicht ausreichen, zu Lasten der an ihr beteiligten Vertragsparteien oder ihrer Mitglieder (Rest unverändert).

Art. 45, Abs. 3, Einnahmen.

³ Die Gebühren des Einigungs- und Strafverfahrens nach Artikel 35 bzw. Artikel 38 fallen jener Kommission zu, welche den Fall behandelte (Rest unverändert).

Art. 3

Dieser Beschluss tritt am 1. März 1949 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1950.

Bern, den 2. Februar 1949.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

E. Nobs

Der Bundeskanzler:

Leimgruber

**Bundesratsbeschluss betreffend die Wiederinkraftsetzung und Abänderung des
Bundesratsbeschlusses betreffend die Allgemeinverbindlicherklärung des
Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Autotransportgewerbe (Vom 2. Februar
1949)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1949
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	06
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.02.1949
Date	
Data	
Seite	304-306
Page	
Pagina	
Ref. No	10 036 530

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.